

«Integration hat ihren Preis!»

Polittalk mit Christina Huber, Co-Präsidentin SP Cham

Bis Ende Jahr noch befindet sich die Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich in Vernehmlassung.

Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich ist eine Folge der NFA, mit deren Einführung die Kantone neu die alleinige Verantwortung für diesen Bereich tragen. Die Invalidenversicherung, welche bis anhin einen Teil der Kosten für sonderpädagogische Massnahmen mitfinanziert hat, wird sich aus diesem Bereich zurückziehen. Im derzeitigen Vorschlag für diese Vereinbarung ist explizit festgehalten, dass integrative Schulungsformen separierenden Lösungen (Kleinklassen, Sonderschule) vorgezogen werden sollen. Ebenso wird im Kanton Zug derzeit ein „Konzept Sonderpädagogik“ erarbeitet, das die Integrationsfähigkeit der Schulen stärken und das durch die verstärkte integrative Förderung die Anzahl Sonderschülerinnen



Bild: z.v.g

Christina Huber, SP Cham

und -schüler reduzieren soll. Als Sonderpädagogin und Verfechterin der Integration begrüsse ich diese Bestrebungen sehr und doch ist mir nicht immer ganz wohl dabei. Denn in der Praxis zeigt sich immer wieder, dass Integration als versteckte Sparmassnahme umgesetzt wird. Durch die Aufhebung von Klein- und Sonderschulklassen werden Mittel frei, die zu oft dem Sparteufel zum Opfer fallen. Dabei müssten diese Mittel auf

die Regelschule umverteilt werden, damit sie dort zur Erhöhung der Integrationsfähigkeit und zur Etablierung einer Pädagogik der Vielfalt eingesetzt werden können. Wirkliche Integration bedeutet nicht nur, Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf in die Regelklasse zu schicken. Integration bedeutet vielmehr, dass benachteiligte Kinder und Jugendliche gezielt unterstützt und gefördert werden, so dass sie die angestrebten Bildungsziele erreichen oder ihnen zumindest so nahe wie möglich kommen können. Integration bedeutet auch, dass Lehrpersonen, die integrativen Unterricht machen, angemessen entlastet und in ihrer Arbeit unterstützt werden. In diesem Sinne hoffe ich, dass der Kanton Zug sowie die Gemeinden ihre Verantwortung wahrnehmen und bei der Einführung der NFA dafür sorgen, dass den Schulen genügend Ressourcen zur gezielten Förderung aller Kinder und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Denn Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft und Bildung ist ihr Kapital. *Christina Huber, Cham*